

# «Das Kassen-Lobbying ist unverfroren»

Basler Ständerätin Anita Fetz will Vertreter der Krankenkassen in den Ausstand zwingen



Unter sich. Christoffel Brändli (Santésuisse, links) und Eugen David (Helsana) diskutieren im Ständerat. Foto Keystone

KATRIN HOLENSTEIN, Bern

**Im National- und Ständerat wimmelt es von Lobbyisten: Neben Bauern, Banken und Stromwirtschaft sind vor allem die Krankenkassen schlagkräftig vertreten. Das könnte sich nun ändern.**

Verhandelt und vernetzt sind fast alle im Parlament. Besonders viel zu reden gibt jedoch das ungenierte Auftreten der Krankenkassen, die fast 30 Parlamentarier für ihre Interessenvertretung eingespannt haben und so direkt Einfluss nehmen können auf Ärztestopp, Pflegefinanzierung oder Medikamentenpreise.

SP-Ständerätin Anita Fetz fordert nun in einer parlamentarischen Initiative, dass punkto Krankenkassen ähnliche Regeln gelten müssen wie bei bundesnahen Unternehmen. Parlamentarier ist es nämlich nicht mehr erlaubt, bei SBB, Post oder SRG im Verwaltungsrat zu sitzen. Die Krankenkassen erfüllten ebenfalls einen Bundesauftrag, sagt Anita Fetz. Deshalb sollen ihre Lobbyisten im Parlament zumindest in den Ausstand treten, wenn es um Fragen der obligatorischen Krankenversicherung geht.

**BaZ:** Anita Fetz, Sie wollen die Krankenkassenvertreter im Par-

lament zurückbinden. Politiker werden aber als Interessenvertreter ins Parlament gewählt, das ist so gewollt und transparent.



**ANITA FETZ:** Ich habe nichts dagegen, wenn man als Parlamentarier ein Mandat hat. Das ist in einem Milizsystem

normal. Mit der Transparenz ist es in diesem speziellen Fall aber nicht so weit her: Die meisten National- und Ständeräte werden erst zu Krankenkassen-Lobbyisten, nachdem sie gewählt worden sind. Ich habe es selber erlebt: Sobald man im Ständerat – und besser noch in der Gesundheitskommission – sitzt, werden einem Verwaltungsratssitze angeboten. Man wird also nicht als Kassenvertreter gewählt, sondern mutiert erst danach zu einem.

Die Krankenkassenvertreter sind gemäss einer Untersuchung der «Bilanz» aber weniger schlagkräftig als die Spitalvertreter.

Mag sein. Bei uns in der Gesundheitskommission des Ständerats sind die Krankenkassenvertreter unterdessen so stark, dass es zu Reform-

blockaden kommt. Als es kürzlich um eine Anschlussregelung für den Praxisstopp ging, blockierten die Kassenvertreter jede realistische Lösung. Das heisst: Es wird keine Anschlussregelung geben, was zu massiven Prämienhöhungen führen wird. Da steckt Kalkül dahinter.

**Für wen würde die Ausstandsregel sonst gelten? Auch für die Vertreter von Spitex, FMH oder Spitälern?**

Entscheidender ist die Frage, für welche Parlamentsgeschäfte die Ausstandsregel gelten soll. Ich denke da ausschliesslich an Geschäfte, bei denen die Gewaltenteilung verletzt wird, also bei öffentlichen Aufgaben im Auftrag des Bundes. Die obligatori-

sche Krankenversicherung ist das gewichtigste Beispiel – mit einem Markt von 21,5 Milliarden Franken jährlich. Hier darf es nicht länger möglich sein, dass der Bock gleichzeitig Gärtner ist. Wer alles als Bock gilt, könnte das Ratsbüro entscheiden.

**Käme Ihre Ausstandsregel zustande, wäre die Gesundheitskommission bei vielen Geschäften massiv reduziert.**

Das kann ein Gewinn sein; die Regel würde zudem nur bei Geschäften gelten, die die Grundversicherung betreffen. Ausstandsregeln gelten im Übrigen in jedem normalen Verwaltungsrat und laut Gesetz zum Beispiel auch im Bundesrat: Bei Interessensbindungen muss man in den Ausstand treten.

## Ausstandsregel

**DISKUSSIONSSTOFF.** In ihrer Parlamentarischen Initiative fordert Ständerätin Anita Fetz: «Das Parlamentsgesetz sei mit Ausstandspflichten zu ergänzen, um über die Unvereinbarkeitsregeln hinaus Interessen- und Loyalitätskonflikte zwischen der Ausübung des parlamentarischen Mandats und der Funktion in mittelbaren Verwaltungsaufgaben zu verhindern.» Der zentrale Begriff ist dabei «mittelbare Verwaltungsaufgaben». Das sind solche Bereiche, bei denen der Markt massgeblich vom Staat reguliert wird, und die zudem mit Pflichtabgaben der Bürger finanziert werden – vorab die obligatorische Krankenversicherung, aber auch die Stromversorgung. kh

## Lobbyisten im Parlament

**EINFLUSSREICH.** Krankenkassen haben mit Verwaltungsratsmandaten Dutzende von National- und Ständeräten als Lobbyisten an sich gebunden. Besonders dicht sitzen die Kassenvertreter in den beiden Sozial- und Gesundheitskommissionen (SGK).

### Ständerat:

In der 13-köpfigen SGK sitzen fünf Krankenkassen-Lobbyisten: **Eugen David** (CVP, SG), Präsident Helsana; **Christoffel Brändli** (SVP, GR), Präsident Santésuisse; **Bruno Frick** (CVP, SZ), Verwaltungsrat Swica; **Philipp Stähelin** (CVP, TG), Beirat Groupe Mutuel; **Felix Gutzwiller** (FDP, ZH), Stiftungsrat Sanitas.

### Nationalrat:

In der 25-köpfigen SGK des Nationalrats sitzen sechs Kassen-Vertreter: **Jürg Stahl** (SVP, ZH), Groupe Mutuel; **Roland Borer** (SVP, SO), Beirat Groupe Mutuel; **Norbert Hochreutener** (CVP, BE), Beirat Versicherungsverband; **Ruth Humbel Näf** (CVP, AG), Santésuisse; **Claude Ruey** (Lib, VD), Beirat Groupe Mutuel; **Pierre Triponez** (FDP, BE), Beirat Groupe Mutuel.

## nachrichten

### Schweizer vertrauen ihren Ärzten

**HERGISWIL.** Schweizerinnen und Schweizer vertrauen bei gesundheitlichen Fragen oder Problemen am meisten dem Urteil der Ärzte, wie eine Umfrage des Marktforschungsinstituts IHA-GfK ergab. Auf die Ärzte, die mit 78 Prozent klar an der Spitze liegen, folgten die Apotheker mit 45 und die Eltern mit 27 Prozent. Die Umfrage wurde zwischen dem vergangenen 19. und dem 24. September bei 1000 Personen in der Deutsch- und der Westschweiz durchgeführt. AP

### Bundesrat tritt heute zusammen

**BERN.** Der Bundesrat schiebt am Donnerstagabend um 18.00 Uhr eine Sonderschicht: Auf kurzfristige Einladung von Bundespräsident Pascal Couchepin tritt er zu einer Sitzung zusammen. Die Bundeskanzlei begründete den ungewöhnlichen Sitzungstermin mit dem Umstand, dass diese und nächste Woche keine Bundesratssitzung geplant gewesen sei. Im Vordergrund der Sitzung stünden die Frage des Referendums gegen die Personenfreizügigkeit, die Entwicklung an den Finanzmärkten und die aktuelle Lage in Georgien, heisst es in der Mitteilung der Bundeskanzlei. AP

### Keine Ausnahme von Lex Koller fürs Wallis

**SITTEN/BERN.** Im Wallis dürfen nicht mehr Wohnungen an Ausländer verkauft werden, als im Rahmen der Lex-Koller-Kontingente erlaubt. Der Bund lehnt eine Aufstockung des Walliser Kontingents ab. Der Kanton profitiere schon heute vom grössten Kontingent aller Kantone, erklärte Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf in einem Antwortschreiben auf eine Resolution des Walliser Kantonsparlaments. SDA

## Höhere Steuern auf Schnittabak

**BERN.** Die Steuer auf Schnittabak soll markant, jene auf Zigarren, Zigarillos, Kau- und Schnupftabak dagegen nur leicht erhöht werden. Dies hat der Nationalrat gestern beschlossen. Mit der höheren Besteuerung von Schnittabak soll das Selberdrehen von Zigaretten eingedämmt werden. Bei konstanten Verkäufen wird mit jährlichen Mehreinnahmen von 10 bis 20 Millionen Franken gerechnet. Nicht mehr belastet werden soll das Zigarettenpapier, was einen Steuerausfall von rund 10 Millionen Franken zur Folge hat. Die Beratung der Gesetzesvorlage wird heute fortgesetzt. AP

### Sektenführer vor Gericht abgeblitzt

**LAUSANNE.** Zu Recht haben die Walliser Behörden Sektenführer Raël die Aufenthaltsbewilligung verweigert. Zu diesem Schluss kommt das Bundesgericht in einem gestern publizierten Entscheid. Raël hatte mit Äusserungen zur «aktiven Sexualerziehung» von Kindern und zum Klonen von Menschen für Aufsehen gesorgt. SDA  
> [www.bger.ch](http://www.bger.ch)  
Urteil 2C\_396/2008 vom 15. 9. 2008

## Parteien stritten im Nationalrat über die Armee

Der Verteidigungsminister wehrte sich gegen Vorwürfe und verneinte eine Sinnkrise

**Die von SVP, SP und Grünen verlangte dringliche Armee-debatte hat zu einem Hickhack unter den Parteien geführt.**

Neues brachte die dringliche Debatte zum Zustand der Armee gestern nicht zutage. So betonten Vertreter der SP und der Grünen einmal mehr die Sinnkrise, in der sich die Armee ihrer Ansicht nach befindet. Es sei aber eine Illusion zu glauben, diese Krise könne mit einem blossen Wechsel an der Spitze des Verteidigungsdepartements gelöst werden, sagte Josef Lang (Grüne, ZG). Die SP sieht die Lösung in der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und einer markanten Verkleinerung der Armee. Auch die SVP unterstrich einmal mehr ihre Kritik am heu-

gen Konzept der Armee und verlangte, dass sie zu ihrem Kernauftrag, dem Schutz von Land und Bevölkerung, zurückkehren müsse. In ihren Voten sparten die SVP-Vertreter auch nicht mit weiteren Seitenhieben gegen Verteidigungsminister Samuel Schmid. «Der Sanierungsfall Armee kann nicht mit kleinkarierten «Pflasterli» gesunden», sagte etwa Alexander Baumann (TG), «Chemotherapie ist gefordert.»

**«BALLENBERG».** Gegen die Angriffe auf Bundesrat Schmid und die Armee wehrten sich die Mitte-Parteien. «Man muss die Armee und ihre Ziele ernst nehmen in diesem Saal», mahnte FDP-Präsident Fulvio Pelli. «Manche möchten eine

Armee wie auf dem Ballenberg und andere eine Liliputarmee.» Pius Segmüller (CVP, LU) forderte, dass die Aufgaben der Armee, ihre Möglichkeiten und Finanzen wieder in Übereinstimmung gebracht werden müssten.

Bundesrat Schmid wehrte sich dagegen, von einer Sinnkrise bei der Armee zu sprechen: «Wir sind überzeugt, dass wir in die richtige Richtung marschieren.» Im Zusammenhang mit dem Rüstungsprogramm 2008, das im Nationalrat an einer unheiligen Allianz von SVP, SP und Grünen gescheitert war, sagte er: «Wenn gesagt wird, die Armee müsse gerüstet sein, unterstreiche ich dies.» Dann erwartete er aber, «dass wir dann auch die Rüstungsgüter erhalten». AP

### Breite Front gegen Schmid

**GEFÄHRLICHER WACHBEFEHL.** «Wir arbeiten mit höchster Priorität an der Lösung dieses Problems», versicherte der Chef der Schweizer Armee ad interim, Divisionär André Blattmann gegenüber der BaZ am Rande der Session. Das Problem ist der «neue Wachbefehl», mit dem Bundesrat Samuel Schmid die Schweizer Soldaten seit Anfang Jahr zum Dienst mit geladener Waffe verpflichtet hat. Seither kam es zu mehreren gefährlichen Zwischenfällen mit «ungewollter Schussabgabe». Die Militärs hätten die unnötige Anordnung längst aufgehoben. Doch Schmid legte sich quer. Jetzt kommt ihnen das Parlament zu Hilfe: Noch diese Woche werden die Grünen, die FDP, die SP und die CVP ähnlich lautende Motionen einreichen, welche die «Aufhebung des neuen Wachbefehls» verlangen. Auch SVP-Leute unterschreiben sie. Begründung: Schmid's Wachbefehl sei «unnötig» und «gefährlich». N.R.

ANZEIGE

**Hieber's Frische Center**

**WENN'S UM FRISCHE GEHT...**

ACHTEN SIE AUF UNSER WÖCHENTLICHES INSERAT IN DIESER ZEITUNG

[www.hieber.de](http://www.hieber.de) ... geh' lieber gleich zu Hieber